

die immer größer werdende „Partei“ der Nichtwähler, die in Baden-Württemberg diesmal in der Tat zur zweitgrößten Partei geworden ist und die SPD knapp überholt hat (Wahlbeteiligung 70,2 Prozent). Aber die Entwicklung ist uneinheitlich, die Diagnose unpräzise. In Deutschland verlieren die großen Volksparteien seit Mitte der achtziger Jahre ständig an Zustimmung: zum Teil Begleiterscheinung, zum Teil Folge nachlassender Integrationskraft und Lösungskompetenz – angesichts immer schwieriger Entscheidungsprozesse und eines immer stärker sich individualisierenden, an der eigenen Betroffenheit ausgerichteten Wahlverhaltens. *Dieter Oberndörfer* hat vor Jahren (vgl. HK, Mai 1989, 218 f.) in einer detaillierten Studie den Nachweis versucht, in den achtziger Jahren zeichne sich in Umfragen zu *politischen Einstellungen* eine Re-ideologisierung mit Verbreiterung der Extreme auf Kosten der politischen Mitte ab. Es scheint, daß diese Entwicklung

jetzt grenzüberschreitend auf das *Wahlverhalten* durchschlägt. Dies geht einmal mehr zu Lasten der großen Volksparteien und zwar, wie wenigstens der Fall Italien zeigt, unabhängig von der Höhe der Wahlbeteiligung (Wahlpflicht!). Im ersten Erschrecken über den Wahlausgang und die Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg und in Schleswig-Holstein wurde von einzelnen in schönem überparteilichen Einklang nach Einführung der Wahlpflicht auch in Deutschland gerufen. Dies ist Unsinn. Das Nichtwählen als bewußte Entscheidung ist legitim, wenn nicht gar Bestandteil jeder im vollen Sinn freien Wahl. Es ist Sache der Parteien, die Wähler zu mobilisieren, nicht des Gesetzgebers. Sie werden nur erfolgreich sein, wenn sie ihre Art, Politik darzustellen, ändern: wenn sie in erster Linie von der Sache her und erst in zweiter Linie gegen den Gegner argumentieren. Damit könnten auch Wahlkämpfe interessanter werden. *David Seeber*

Ein kirchlicher Flächenbrand

Im katholischen Österreich hängt der Haussegen schief

Weit stärker als in der Bundesrepublik wird das Leben der katholischen Kirche sowohl in der deutschsprachigen Schweiz wie in Österreich derzeit durch Polarisierungen unter den Bischöfen, emotionalisierte Konflikte und öffentlichen Ansehensverlust belastet. In Österreich, wo vor allem Bischof Kurt Krenn von St. Pölten durch sein Verhalten den Spannungen immer neue Nahrung gibt, ist kein Ende der unerfreulichen Polarisierung abzusehen. Nach der Frühjahrsvollversammlung der Bischofskonferenz bezeichnete ihr Sprecher die kirchliche Lage in Österreich als ernst.

Wenn Kardinal Newman in den Sechzigerjahren des vorigen Jahrhunderts schrieb, daß Mißtrauen und Unzufriedenheit der vorgesetzten Stellen mit den einzelnen wie eine Wolke über der Kirche von England und über den einzelnen Christen lagerten, dann ist ein ähnlicher Zustand gegenwärtig in der Kirche Österreichs zu beobachten. Dieser Umstand ist mehr als erstaunlich, denn die Kirche in Österreich hat „Rom“ immer als maßgebliche Autorität anerkannt. Und die beiden Pastoralbesuche von Papst Johannes Paul II. in den Jahren 1983 und 1988 gestalteten sich zu eindringlichen Kundgebungen der Treue und der Verbundenheit der österreichischen Katholiken mit dem Heiligen Vater.

Eine ganze Reihe von *Bischofsnennungen*, die in den letzten Jahren erfolgten, und die schon allein durch das Ignorieren von Vorschlägen der Ortskirchen zu Widerspruch und Protest führten, hat jedoch zu einer abrupten Stimmungsänderung geführt. Diese wird auch durch die Handlungsweise einiger dieser Bischöfe gefördert, die zum Teil den Eindruck erwecken, es sei ihr Ziel, durch

Auseinandersetzungen aller Art zur Polarisierung beizutragen. Vor allem der St. Pöltner Diözesanbischof *Kurt Krenn* hat sich da einen Namen gemacht. Dabei läßt er immer wieder gesprächsweise durchblicken, daß er beste persönliche Beziehungen zum Papst habe, der ihn angeblich nicht selten zum Frühstück einlädt.

In der Öffentlichkeit ist die Kirche abgewertet

Mit dieser direkten oder indirekten Einbeziehung Johannes Pauls II. in die innerösterreichische Konfliktsituation ist eine überaus bedrohliche Lage entstanden: Kommen doch immer mehr Katholiken in Österreich zu der Meinung, daß maßgebliche Kreise in Rom systematisch daran arbeiten, die seinerzeit unter Kardinal *Franz König* eingeschlagene Linie der Kirche in Österreich zu ändern. Nie wurde jedoch klar gesagt, was eigentlich während der Ära König Rom störte, was geändert werden soll. Faktum ist, daß dieser Eindruck, Rom wolle den früheren Kurs der Kirche in Österreich revidieren, zu einem sprunghaften Anstieg der Popularität des Kardinals führte. Wo immer in Österreich heute der 87jährige Alterzbischof von Wien hinkommt, er wird mit nicht endenwollenden und demonstrativen Ovationen begrüßt.

Als besonders bedrückend empfinden gerade die kirchentreuen österreichischen Katholiken den Umstand, daß man sich in Rom offenbar ein Bild von der Kirche in Österreich macht, das mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat. Manches weist darauf hin, daß Denuntianten im eigenen Land zu diesem verzerrten Eindruck beigetragen

haben und daß man in Rom gar nicht weiß, wie kontraproduktiv manche der Personalkorrekturen sind, die in den letzten Jahren in der österreichischen Hierarchie durchgesetzt wurden.

Tatsache ist jedenfalls, daß sich seither die *Position der österreichischen Kirche in der Öffentlichkeit* dramatisch änderte. Noch bis in die zweite Hälfte der Achtzigerjahre war die Kirche selbst in kirchenfernen und kirchenkritischen Kreisen so etwas wie eine moralische Instanz. Heute ist die Kirche in Österreich durch andauernde Streitigkeiten, Auseinandersetzungen und quälende interne Konflikte, die sich oft genug an nebensächlichen Randfragen entzünden und die offenbar niemand mehr in der Kirche beenden kann, in der Öffentlichkeit abgewertet, ja, eine Zielscheibe von Hohn und Spott.

Friedrich Heer schilderte in seinem Buch „Der Kampf um die österreichische Identität“, wie sich der römische Katholizismus um die Jahrhundertwende durch den Antimodernisteneid in ein Getto „aus dem Strom der Zeit heraus“ manövrierte. Heer zitiert in diesem Zusammenhang den französischen Erzbischof *Mignot*, der 1910 dem hervorragenden, weltbekannten, damals aber exkommunizierten Priester und Kirchenhistoriker *Alfred Loisy* schrieb: „Es scheint mir, daß die Mitarbeiter Seiner Heiligkeit sich hätten erinnern müssen, daß jene, die sie da schlagen, die Besten unter den Guten sind.“ Es scheint fast so, daß sich dieser Vorgang im Fall Österreichs 80 Jahre später unter anderen Vorzeichen noch einmal wiederholt. Trotz dieser niederdrückenden Atmosphäre ergaben die erst kürzlich in allen österreichischen Diözesen durchgeführten *Pfarrgemeinderatswahlen* eine Wahlbeteiligung, die trotz aller psychologischen Rückschläge relativ hoch geblieben ist. Nach wie vor gibt es zahllose engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Pfarrgemeinderäten, in Familienrunden oder sozial-caritativen Arbeitskreisen. Natürlich, manche fühlen sich versucht, unter dem Eindruck jüngster innerkirchlicher Querelen „jetzt alles hinzuschmeißen“. Die Kirchnaustritte nehmen, wiewgleich in verschiedener regionaler Intensität, oft sprunghaft zu. Und doch ist festzuhalten, daß es noch nie in der Geschichte der Kirche in Österreich so viele Laien gegeben hat, die in verschiedenster Weise kirchliche Dienste übernehmen und als bewußte Christen in der Welt leben.

Das unverständliche Verhalten von Bischof Krenn

Gerade im Hinblick auf dieses vielfältige Engagement so vieler Katholiken ist es unverständlich, wenn der Diözesanbischof von St. Pölten, *Kurt Krenn*, keine anderen Sorgen hat, als bei den von ihm zelebrierten Messen den Zutritt von Ministrantinnen zu untersagen. Damit löste er in einer fünfsträngigen Frage einen überflüssigen Konflikt aus. Noch unbegreiflicher war es, daß Bischof Krenn einen seiner Pfarrer, der ihn kritisierte, ultimativ mit der Amtsenthebung drohte. Dieser Pfarrer, *P. Udo Fischer* aus

dem niederösterreichischen Paudorf, hatte öffentlich gemeint, der Umbau des Bischofshofes in St. Pölten sei zu teuer gewesen, ebenso die 15 000 Schilling-Miete einer bischöflichen Wohnung in Wien.

Statt diesen Pfarrer zu sich zu rufen und den Konflikt unter vier Augen zu regeln, sorgte Bischof Krenn durch seine ultimative Aufforderung für eine Lawine von Protesten. Der Bürgermeister und der Gemeinderat von Paudorf warnten in einer Resolution vor „der Zerstörung eines blühenden Pfarrlebens“, alle möglichen katholischen Organisationen meldeten sich zu Wort, zahlreiche Zeitungsartikel und Fernsehsendungen steigerten die allgemeine Erregung, und Volksanwalt *Herbert Kohlmaier* gab schließlich sogar bekannt, er werde untersuchen, ob die Vorgangsweise des Bischofs mit dem Konkordat im Einklang sei – eine Ankündigung, die sich bald als hinfällig herausstellte, da diese Überprüfung nichts ergab. Vertreter der Pfarre Paudorf überbrachten der Nuntiatur in Wien eine von 21 000 Personen unterzeichnete Petition an die vatikanische Bischofskongregation, in der der Wunsch nach einem Verbleiben von P. Udo Fischer in seiner Pfarre bekräftigt wird.

Mittlerweile hatte der Konflikt längst eine *sehr grundsätzliche Dimension erreicht*. In einer „Neuwaldegger Erklärung“ solidarisierte sich die Katholische Aktion Österreichs, die offiziöse Laienorganisation der Kirche, am ehesten vergleichbar mit dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken, mit all jenen, denen an der Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung eines guten Gesprächsklimas in der Kirche von Österreich liegt.

In dieser Erklärung heißt es u. a.: „Wir stehen in Solidarität zu allen, die sich für die Kirche engagieren und dabei in unzumutbare Gewissenskonflikte gebracht und in Existenzängste gedrängt werden. Wir erklären unsere Unterstützung für alle, für die die innerkirchliche Polarisierung eine schwer erträgliche Belastung darstellt. Wir lehnen es ab, daß integre Christinnen und Christen in Ausübung ihres Rechtes auf freie Meinungsäußerung mit Hilfe kirchlicher Gesetzesmechanismen diszipliniert werden. Wir wehren uns gegen das Zurückdrängen bewährter Formen der Mitbestimmung in der katholischen Kirche. Wir wünschen uns eine Kirche, in der nicht nur von Wahrheit geredet, sondern mit ihr auch wahrhaftig umgegangen wird.“ Bischof Krenn erwiderte, die Laien sollten sich nicht klerikalisieren und nicht kirchliche Innenpolitik betreiben. Mit ihrer Erklärung habe die Katholische Aktion ihre Kompetenzen überschritten und sich in Angelegenheiten eingemischt, die sie nichts angingen. Außerdem sei damit gegen eine Vereinbarung verstoßen worden, auftretende Konflikte möglichst im internen Raum und nicht über die Medien auszutragen.

Mit dieser Replik bewies der Oberhirte von St. Pölten einmal mehr, wie sehr er formale Argumente in einer inhaltlichen Auseinandersetzung schätzt. Außer Betracht ließ der Bischof allerdings die Tatsache, daß er auf dem Mediensektor in der Zeitschrift „Der 13.“ über eine publizistische Stimme verfügt, die in aggressivster Weise alles

attackiert, was als progressiv verdächtigt werden kann. Die Gründung einer progressiven Zeitschrift unter dem Titel „Kirche intern“ als Gegengewicht zum „*Dreizehnten*“ zeigt den Grad der innerkirchlichen Polarisierung auf publizistischem Gebiet an.

Deutliche Spannungen in der Bischofskonferenz

In diesem Klima der Eskalation kam es zu allem Überfluß auch noch zu einem aufsehenerregenden Eklat, als der Salzburger Erzbischof *Georg Eder* einen Vortragstermin des aus Vorarlberg stammenden brasilianischen Missionsbischofs *Erwin Kräutler* bei den diesjährigen Salzburger Hochschulwochen einfach streichen ließ. Statt dessen wurde ein Vortragstermin von Kardinal Ratzinger in Salzburg angesetzt, den Erzbischof Eder schon länger in die Festspielstadt eingeladen hatte.

Prompt folgte eine neue Woge des Protests gegen die „Ausladung“ von Bischof Kräutler quer durch Österreich. Als der Salzburger Erzbischof in einem Interview für sein Diözesanblatt seinem Amtsbruder in Brasilien schließlich noch „Einseitigkeit“ und „Linkslastigkeit“ vorwarf, verdichteten sich diese Proteste zu einem Sturm des Widerspruchs. Der Indianer-Missionsrat der brasilianischen Bischofskonferenz bekundete seine „tiefe Betroffenheit“ über die Anschuldigungen des Salzburger Erzbischofs.

In dieser Atmosphäre trat die *österreichische Bischofskonferenz* in Wien zu ihrer *Frühjahrssitzung* zusammen. Bei dieser Gelegenheit prallten in einer Deutlichkeit wie noch nie zuvor die Standpunkte der Bischöfe aufeinander. So ist es nicht verwunderlich, daß das Kommuniké der Bischofskonferenz über diesen Themenbereich, der mehr als zwei Drittel der zur Verfügung stehenden Zeit beanspruchte, nur einige wenige Zeilen umfaßte: „Die österreichische Bischofskonferenz überlegte, wie in Zukunft schwierige Auseinandersetzungen besser in brüderlicher Solidarität und christlicher Wahrhaftigkeit bewältigt werden können.“

Der Sprecher der Bischofskonferenz, der Grazer Diözesanbischof *Johann Weber*, bezeichnete nach Abschluß der Konferenz die Situation der katholischen Kirche in Österreich als ernst. Man müsse sich fragen, warum so schnell ein „Flächenbrand in der Kirche“ entstehe, warum „so viel dürres Stroh bei uns herumliegt, das sich so rasch entzündet“. Bischof Weber, der nach wie vor den oft einsamen Mut zum offenen Wort beweist, plädierte für einen neuen Anfang. Es dürfe keine „Kopf ab“-Aktionen geben.

Unter dem Einfluß der gemäßigten Bischöfe kam es zu einer bemerkenswert milden Stellungnahme der Konferenz zur „Neuwaldegger Erklärung“ der Katholischen Aktion. Die Bischofskonferenz wies alle persönlichen Angriffe gegen Bischöfe zurück, die allerdings in dieser Erklärung gar nicht enthalten waren, bekannte sich dann aber zu einem „wachen Hinhören auf die Fragen“, die in der Neuwaldegger Erklärung gestellt wurden.

Offensichtlich auf Vermittlung der Bischofskonferenz kam es in der Folge zu einem Gespräch zwischen dem Salzburger Erzbischof und dem brasilianischen Missionsbischof, der nun seinen Vortrag bei den Salzburger Hochschulwochen im Sommer doch halten kann. Wie brisant die Stimmung in breiten Kreisen geworden ist, zeigte allerdings ein Vortrag von Bischof Kräutler im Wiener Rathaus: Mehr als 4000 Menschen versuchten, diesem Vortrag in dem nur 1200 Personen fassenden Festsaal zuzuhören und mußten vor den Toren des Rathauses ausharren. Bischof Kräutler, der in seinem Referat u. a. gesagt hatte: „Manche Hirten kennen weder die Herde noch die Weide, weil sie selbst vollauf damit beschäftigt sind, sich selbst zu weiden“, wurde mit minutenlangen Ovationen von der großen Menschenmenge begrüßt.

Immerhin hat sich durch den Kompromiß über den Vortragstermin von Bischof Kräutler eine Entspannung in Salzburg ergeben. In St. Pölten ist jedoch keine ähnliche Entwicklung festzustellen, die Gegensätze sind verhärtet. In dieser Atmosphäre kündigte Bischof Krenn an, er wolle für die vielfältigen Aufgaben in seiner Diözese von Rom einen *Weihbischof* erbitten. Mit diesem Vorstoß wird der Verdacht genährt, es solle mit einer derartigen zusätzlichen Bischofsernennung das Mehrheitsverhältnis in der Bischofskonferenz „endgültig“ verändert werden.

Alte Traumata sind noch lebendig

Ob ein solcher Verdacht gerechtfertigt ist, kann zur Zeit seriöserweise gar nicht gesagt werden. Es ist aber schlimm genug, daß ein solcher Verdacht, von oben her solle eine „Gegenreform“ inszeniert werden, überhaupt entstehen konnte. Gerade in Österreich rührt die Sorge vor einer solchen „Gegenreform“ an tiefere Traumata, denn die Erinnerung an die Gegenreformation in den österreichischen Alpenländern löst manche Ängste aus. Wohl hat die Gegenreformation in dem mehrheitlich evangelisch gewordenen Österreich die Vormachtstellung der katholischen Kirche mit Hilfe der staatlichen Gewalt wiederhergestellt, doch die Gewaltsamkeit dieses Vorganges verkehrte viel von der ursprünglichen religiösen Substanz der Österreicher. Das Wort „Ich werde Dich schon noch katholisch machen“ gilt in österreichischen Breiten als Drohung, die bis heute in der Umgangssprache wie selbstverständlich verwendet wird.

Seit dieser historischen Erfahrung hat der Österreicher eine verdeckte Seele, er deckt sich nicht gerne auf, er sagt nicht, was er „wirklich“ denkt, glaubt, fühlt über die ersten und die letzten Dinge in Gott, Staat, in seiner eigenen Seele, wie Friedrich Heer einmal feststellte. Und wie der Geheimprotestantismus in den innersten Alpentälern Jahrhunderte überdauerte, so überlebten im Untergrund manche der Ressentiments, die als Folge der Gegenreformation gegen die katholische Kirche, gegen Österreich, gegen die Hauptstadt Wien von Generation zu Generation weitergegeben werden, bis zur Gegenwart. Und gewiß ist es mehr als ein makabrer Zufall, daß just in jenen Gebieten, in denen es im Juli 1934 parallel zur Ermordung

des Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß zum bewaffneten Aufstand der illegalen Nationalsozialisten kam, die Gegenreformation am härtesten vorgegangen war. Hier gibt es verdeckte, innere Zusammenhänge, und gerade die Kirche sollte sich hüten, allzu unbedacht empfindliche Nervenstränge der Historie freizulegen.

Beim Ad-limina-Besuch der österreichischen Bischöfe Ende April im Vatikan sollte die Gelegenheit gegeben sein, diese und viele andere offene Fragen mit dem Heiligen Vater freimütig zu besprechen. Es wird sich zeigen, inwieweit Hoffnungen in dieser Richtung berechtigt waren.

Fritz Csoklich

„Sehr vieles steckt einfach noch in den Kinderschuhen“

Ein Gespräch mit dem Religionssoziologen Miklós Tomka über Religion und Kirche im heutigen Ungarn

Mit der Ablösung des kommunistischen Systems sind in den Ländern des früheren Ostblocks die Beschränkungen für das Wirken der Kirchen und Religionsgemeinschaften gefallen. Was hat sich in den Kirchen seither verändert? Welche Rolle spielen sie in der Gesellschaft? Wie hat sich die religiös-weltanschauliche Szene nach dem Wegfall der verordneten marxistischen Ideologie entwickelt? Am Beispiel Ungarns geht das folgende Gespräch mit dem Religionssoziologen Miklós Tomka diesen Fragen nach. Tomka, ab 1969 Mitbegründer und Mitarbeiter des Ungarischen Pastoralinstituts, leitet heute die Katholische Sozialakademie sowie die (kirchliche) Religionssoziologische Forschungsstelle und lehrt gleichzeitig an der (staatlichen) Universität von Budapest. Die Fragen stellte Ulrich Ruh.

HK: Herr Dr. Tomka, wer dieser Tage in Ungarn unterwegs ist, stößt schon im äußeren Erscheinungsbild des Landes auf eine Mischung von Altem und Neuem. Die Erblast von vierzig Jahren kommunistischer Herrschaft ist noch vielerorts greifbar, gleichzeitig hat aber die Wende zu Demokratie, Marktwirtschaft und gesellschaftlichem Pluralismus das Land unübersehbar verändert. Wie steht es dabei mit Religion und Kirche? Wie sieht ihr Stellenwert im postkommunistischen Ungarn heute aus?

Tomka: Durch die Wende ist den Menschen in Ungarn erst wirklich bewußt geworden, daß sie in einer zerstörten, zerschlagenen Gesellschaft leben, sowohl im Blick auf die staatlichen Institutionen wie auf das Alltagsleben. Angesichts dieser Situation erschienen die Kirchen einer überwältigenden Mehrheit als die einzigen wirklich vertrauenswürdigen Institutionen. Man setzte hohes Vertrauen auf die Kirche und richtete große Erwartungen auf sie, allerdings in einer eher undifferenzierten Form. Zum Teil war und ist dabei sehr viel Nostalgie im Spiel: Die Kirche soll als eine Art Allheilmittel für alle gesellschaftlichen Probleme einspringen. Nun ist aber die Kirche auf diese Rolle als universaler Lückenbüßer in keiner Weise vorbereitet, weder gedanklich noch personell. Ihr werden vielfach Aufgaben in der Gesellschaft angetragen, die sie nicht einfach zurückweisen kann und um deren Erfüllung

sie sich mit bestem Wissen und Gewissen bemüht, die sie aber letztlich hoffnungslos überfordern. Damit handelt sie sich aber wieder Kritik ein, weil man ihr vorwirft, sie überschreite ihre Kompetenz. Die Stellung zu Kirche und Religion ist also in vieler Beziehung ambivalent.

HK: Hat sich das Vertrauen, das in weiten Teilen der ungarischen Gesellschaft der Kirche entgegengebracht wird, auch in einem meßbaren Anstieg der kirchlichen Praxis nach der Wende niedergeschlagen oder sind hier keine großen Veränderungen zu registrieren?

Tomka: Bei der kirchlichen Praxis im engeren Sinn gab es keinen signifikanten Anstieg. Deutlich gewachsen ist allerdings der Prozentsatz der Ungarn, die sich selber als „religiös“ einstufen. Diese Entwicklung ist nicht erst seit der Wende zu beobachten, als der Druck auf die Kirche wegfiel und man sich von einer Hinwendung zur Religion möglicherweise gewisse Vorteile erhoffen konnte, sondern schon seit den späten siebziger Jahren. Der Prozentsatz der Ungarn, die sich selber als religiös einstufen, steigt seit 1978 kontinuierlich. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre lag diese Quote bei etwa fünfzig Prozent, derzeit sind es ungefähr siebzig Prozent. Der Anteil der Gottesdienstbesucher (in der katholischen Kirche) ist dagegen im gleichen Zeitraum von acht auf elf Prozent gestiegen.

„Die Wende wird sich erst längerfristig bemerkbar machen“

HK: Und wie sieht es mit den „Kasualien“ aus, also bei Taufen, kirchlichen Trauungen und Bestattungen?

Tomka: Auch hier sind die Zahlen gestiegen, allerdings auch nicht erst seit der Wende, sondern schon seit Ende der siebziger Jahre. Insgesamt läßt sich die religiös-kirchliche Situation am besten dadurch beschreiben, daß man drei große Blöcke unterscheidet, die relativ stabil sind. Etwa dreißig Prozent der ungarischen Bevölkerung sind religions- und kirchenfern. Diese Menschen sind nicht unbedingt überzeugte Atheisten, aber halten sich konse-